

## Eckpunkte der Förderrichtlinien

Auszug aus der Beschlussvorlage 077/20:  
Förderrichtlinien für die Erneuerung von Gebäuden in privatem Eigentum  
im Sanierungsgebiet "Bahnhof-Schlachthof" sowie Einzelfallentscheidung  
zur Förderung öffentlicher Stellplätze im privaten Eigentum

Die Stadt kann auf der Grundlage der Städtebauförderungsrichtlinien (StBauFR) mit den jeweiligen Eigentümerinnen und Eigentümern eine Vereinbarung über die Beteiligung an den Kosten für die Erneuerung von Gebäuden abschließen. Der Kostenerstattungsbetrag darf laut StBauFR bis zu 35 % der berücksichtigungsfähigen Kosten betragen. Bei Gebäuden, die wegen ihrer geschichtlichen, künstlerischen oder städtebaulichen Bedeutung erhalten bleiben sollen, vor allem bei denkmalgeschützten Gebäuden, kann der Kostenerstattungsbetrag um bis zu 15 % erhöht werden. [...]

Die Stadt trägt dabei 40 % des Kostenerstattungsbetrages, das Land Baden-Württemberg 60 %.

- Zwingend einzuhalten sind die Regelungen der Städtebauförderungsrichtlinien.
- Grundförderung von Einheiten mit Wohnungsnutzung (gilt für Objekte bis max. 4 Wohneinheiten) 20 % max. 10.000,-- Euro pro Wohnung oder Fassade (bei Objekten mit mehr als 4 Wohneinheiten erfolgt eine Einzelfallentscheidung).
- Zuschlag für Gebäude von besonderer Bedeutung gemäß StBauFR 10 % max. 5.000,-- Euro pro Wohnung oder Fassade.
- Zuschlag für eine energetische Erneuerung von Gebäuden gemäß StBauFR 10 % max. 5.000,-- Euro pro Gebäude; aber: keine Förderung von Gewerken die aus anderen Programmen gefördert werden, insbesondere energetische Erneuerungen die nach dem Klimaschutzpaket der Bundesregierung gefördert werden (z. B. durch BAFA oder KfW). Hierzu erfolgt eine spezielle Beratung der Antragsteller/innen. Fördervoraussetzung ist ein Sanierungsfahrplan.
- Förderung von Baugenossenschaften: Einzelfallentscheidung.
- Förderung von Bauträgern (Verkauf): keine Förderung; Ausnahme Fassadenförderung bei Gebäuden von besonderer Bedeutung.
- Förderung bei gewerblicher Nutzung: keine Förderung; Ausnahme, wenn die Nutzung die nachhaltige Nahversorgung im Gebiet sicherstellt (hier: Einzelfallentscheidung).
- Zwingende Grundlage der Förderung ist eine schriftliche Vereinbarung mit der Stadt (Modernisierungsvereinbarung), die vor Beginn der Maßnahmen abgeschlossen werden muss.